

Januar / Februar 2006

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Resolution als ein Hilfeschrei des Püttlinger Stadtrates:

Trotz sparsamster Haushaltspolitik galoppiert unsere Stadt in die Handlungsunfähigkeit

Die Stadt ist am Ende ihres Lateins. Das aufgelaufene Defizit klettert zielstrebig auf olympische Höhen, ein Ende der katastrophalen Entwicklung ist nicht abzusehen. So lässt sich die derzeitige Lage von Püttlingen kurz beschreiben.

Der Stadtrat hat am 14. Dezember bei den Beratungen des Haushaltes 2006 feststellen müssen, dass trotz einer restriktiven Haushaltspolitik der jahresbezogene Fehlbetrag weiter zunimmt und bis Ende 2006 ein aufgelaufenes Defizit von rund 30 Millionen Euro erreicht werden wird. Die Liquidität der Stadtkasse ist nur noch mit einem Kassenkredit von 35 Millionen Euro im laufenden Jahr aufrecht zu erhalten. Diese Zahlen stehen auch in einer Resolution, die der Stadtrat einstimmig beschlossen hat.

Warnend weist der Stadtrat darauf hin,

dass Püttlingen in die Handlungsunfähigkeit galoppiert und „selbst bei rigoroser Streichung aller freiwilligen Ausgaben“ (was das Auslösen jeglichen kommunalen Lebens bedeuten würde!), verbliebe der Stadt immer noch ein „beängstigendes“ jährliches Haushaltsdefizit. Dies zeige, dass unbedingt die Frage einer Gemeindefinanzreform auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse. Leider seien aber „langjährige Hinweise der Kommunen auf diese Notwendigkeit“ ungehört verhallt. Den Kommunen, als den demokratischen Keimzellen in unserem Staat, drohe deshalb der finanzielle Untergang.

„Getrieben von der Sorge um das Schicksal seiner Stadt“, heißt es in der Resolution weiter, appelliere der Stadtrat Püttlingen an das Land, sich energisch für eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene einzusetzen. Darüber

Mitreißende Musik und aufregende Tänze erwarten die Besucher:

Kubanisches Temperament in der Stadthalle



**Jetzt vormerken
und Karten bestellen:**



**Kuba-Programm
27. April - 20.00 Uhr**

(Einlass in Stadthalle: 19 Uhr)

Kartenvorverkauf:

- Stadthalle Püttlingen
- Tabak Leidinger, Pickardstr.
- Gasthaus Graf, Ringstraße
- Gasthaus Meyer, Köllerbach
- DKP-Stadtratsmitglieder

hinaus müsse das Land einer gemeindefreundlichen Verhaltensweise absoluten Vorrang einräumen. So sei es für den Stadtrat Püttlingen „unverständlich, dass die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich abgesenkt werden sollen und eine Vorabentnahme von 20 Mill. Euro aus der Finanzausgleichsmasse geplant ist“.

In Übereinstimmung mit dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag fordert der Püttlinger Stadtrat, den „Verbandsatz im kommunalen Finanzausgleich auf 22 % festzusetzen“.

In der Resolution wird auch der Stadtverband Saarbrücken als zuständiger Gemeindeverband in die Pflicht genommen. Der Stadtrat, so heißt es da, verkenne nicht die finanziellen Lasten des Stadtverbandes aus den Aufgaben der sozialen Sicherung. Allerdings müsse dem Stadtverband bewusst werden, dass sich „die Städte und Gemeinden des Stadtverbandes die finanziellen Mittel für die Stadtverbandsumlage mittlerweile wohl ausnahmslos über Kassenkredite“ besorgen müssten.

Der Stadtrat spricht die Hoffnung aus, dass sein Appell „nicht ungehört“ verhallen möge. Das ist allerdings äußerst fraglich, es sei denn, Stadtrat und Verwaltung legen etwas nach und machen ihren Protest endlich auch einmal mit „Aktionen auf der Straße“ sichtbar.

Saarländer empört über hohe Gas-Preise

Immer mehr Menschen empören sich über die skandalöse Abzockerei an den Zapfsäulen der Tankstellen und über die unverschämte Ausplünderung per Gas- und Stromzähler.

Noch nie waren die diversen Energiarten so teuer wie gegenwärtig und dennoch wollen die Energieversorger weiter ihre Preise anheben. So hat ENERGIS im Saarland einen erneuten Anstieg der Gaspreise verkündet, um durchschnittlich 13 Prozent ab 1. Januar. Die Strompreise klettern um drei bis fünf Prozent. Das alles mit Zustimmung der Landesregierung. Die saarländische Verbraucherzentrale erklärte dazu: „Die Gaspreise sind im Saarland ebenso wie bundesweit zu hoch“.

Bundesweit treiben die Energiekonzerne ihre Preise in die Höhe. Kein Wunder, wenn dpa dazu am 27.12.05 feststellte: „Kein Industriezweig in Deutschland hat 2005 die Gemütslage der Menschen derart in Aufruhr versetzt, wie die Energiebranche“. Und weiter heißt es da: „Während die Aktionäre sich über satte Gewinne und kräftige Kurssprünge freuen dürfen, fühlen sich die privaten und industriellen Verbraucher durch steigende Preise ausgenommen“.

Keine stichhaltige Gründe

Verbraucherschützer klagen zu Recht, dass weder für vergangene noch geplante Preiserhöhungen stichhaltige Argumente, z. B. Kostensteigerungen, vorgelegen hätten.

„Wir haben seit der Liberalisierung 1998 keine Kostenpreise mehr, sondern Wettbewerbspreise.“ erklärt eine RWE-Sprecherin zu den Erhöhungen (dpa, 27.12.05). Jetzt orientieren sich die Unternehmen mit ihrer Preisgestaltung nicht an den Kosten, sondern an der Leipziger Strombörse. So ist das.

Allein die Profitsucht

ist für die Preistreiberei ausschlaggebend. „Dagegen hilft noch nicht einmal mehr Konkurrenz“, kommentiert die „Welt am Sonntag“ am 25. Dezember.

Viererbande führt rücksichtslosen Preiskrieg gegen das Volk:

Energieversorger als die Absahner der Nation



EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall Europe sind die Größten auf dem deutschen Energiemarkt, ihnen haben wir den Preisterror zu verdanken.

In der Bundesrepublik entfallen beim Strom immer noch rund 70 Prozent der Marktanteile und beim Gas 80 Prozent auf die großen Produzenten. Das sind E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe.

Inflation hochgetrieben

Gäbe es einen „Oscar“ für Profitgier und Preistreiberei, den großen Gas- und Stromproduzenten wäre er sicher! Die Inflation war 2005 „so hoch wie seit vier Jahren nicht mehr“, meldete Reuters am 23. Dezember. „Heizöl war meist mehr als ein Drittel teurer als im Dezember 2004, Gas und Kraftstoffe kosteten bis 15 Prozent mehr“.

Ohne Zweifel sind die großen Energieproduzenten die Inflationsmaschinen der Nation.

Auf ihr Konto geht die höchste Steigerung der Erzeugerpreise „seit über 23 Jahren“ (die von den Erzeugern an den Endverbraucher „weitergereicht“ werden). Auf ihr Konto geht, dass die Masse der kleineren Strom- und Gasversorger ihre Preise erhöhen müssen. Auf ihr Konto geht, dass die Wohnnebenkosten 2005 wie in den letzten drei Jahren deutlich über der allgemeinen Inflationsrate liegen.

Und nicht zu vergessen: Weiter sprudeln die Gewinne der „Viererbande“:

„Bis Ende September erwirtschafteten die vier Branchenführer gemeinsam einen operativen Gewinn aus dem Strom- und Gasgeschäft von rund 12 Milliarden Euro. Ganz vorn stehen die Riesen E.ON und RWE mit 5,5 Milliarden beziehungsweise 4,6 Milliarden Euro.“ (dpa, 27.12.05)

Sie werden auch weiterhin die großen Gewinner in diesem Preiskrieg bleiben, wenn sich nichts Grundlegendes ändert. Der viel propagierte Anbieterwechsel beim Strom und irgendwann in Zukunft vielleicht auch beim Gas, mag Endverbraucher individuell, kurzfristig und zeitweise etwas entlasten. Aber:

Das Grundübel bleibt

Auch sogenannte „Billiganbieter“ hängen von den vier Großen, ihrer Gewinnerwartung“ und ihrer Preispolitik ab, wenn sie ihnen nicht sogar gehören. Grundsätzlich wird sich nichts ändern, es sei denn, die Macht der Großkonzerne wird eingedämmt. Das Grundgesetz böte dazu Handhaben, wenn man sie nur nutzen würde.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Alter Wein in neuen Schläuchen:

Nur wenn das Volk sich wehrt, kann sich etwas ändern

Ein „prima Klima“ herrschte im Bundeskabinett, das sich zum Jahresauftakt auf einer Klausurtagung im Schloss Genshagen bei Berlin traf. Das „Miteinander“ der Koalitions-Ministerriege wurde erprobt und hernach in vielen Plattitüden über die „solide Arbeit“ der neuen Regierung geschwelgt. Zumindest war es in der Presse so zu lesen.

Erstaunlich ist es, dass CDU/CSU und SPD, die noch vor vier Monaten wie die Kesselflicker aufeinander einschlugen und kein gutes Haar an der jeweils anderen Seite gelassen haben, plötzlich so tun können, als sei alles eitel Sonnenschein. Dabei brodelt es immer wieder in dieser Zweckehe, wie Debatten über Atomausstieg und Einsatz der Bundeswehr im Innern gezeigt haben. Aber: „Pack verschlägt sich - Pack verträgt sich“, besagt eine alte Volksweisheit, die immer noch zutreffend ist.

Die beiden Verlierer der letzten Bundestagswahl haben sich zum Komplott gegen das Volk gefunden, um doch noch an die Futtertröge zu kommen. Weil die Wähler eine schwarz-gelbe Bundesregierung ablehnten, haben sie eine Große Koalition bekommen, die an einer gescheiterten „Reformpolitik“ festhält: Weiterhin geht's um Sparen im Sozialbereich, wobei Rentner und Arbeitslose am meisten belastet werden; Festhalten an den Hartz-Gesetzen, obwohl ihre Wirkungslosigkeit nachgewiesen ist; Konzerne dürfen ungestraft Zigtausende Arbeitsplätze vernichten, ohne dass die Arbeitsplatzkiller gestoppt werden; Milliarden-Profitte kann das Großkapital kassieren und die Regierung denkt nicht daran, über eine Vermögenssteuer wenigstens Teile davon in die öffentlichen Kassen umzuleiten; Über höhere Mehrwertsteuern soll wie so oft nur die Masse des Volkes zur Ader gelassen werden.

Nein, überraschend ist das nicht, was die Regierung von Angela Merkel und Franz Müntefering da aufischt. Das ist alter Wein in neuen Schläuchen, mehr nicht. Nur wenn das Volk endlich den Mund aufmacht und dagegen protestiert, kann sich vielleicht etwas ändern. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!



Soll die Don-Bosco-Schulanlage nun doch noch kommen?

Kein Bedarf für Prügellehrer und Teufelsaustreiber in Püttlingen

Erinnern Sie sich noch an die Meldungen der Saarbrücker Zeitung (siehe unten) vom April und Juni des vergangenen Jahres? Damals reagierte die Öffentlichkeit mit Empörung auf die skandalösen Vorgänge an der Herz-Jesu-Schule in Saarbrücken. Die sofortige Schließung der Anlage wurde gefordert, der zuständige Schulleiter musste seinen Hut nehmen. Lange amtliche Untersuchungen begannen.

Auch in Püttlingen erregten die Schlagzeilen über prügelnnde Lehrer und Teufelsaustreiber einiges Aufsehen. Denn der Träger dieser Skandalschule, der Don-Bosco-Schulverein, hatte in Etzenhofen mit den Vorbereitungen für eine neue Schulanlage begonnen. Und ausgerechnet die CDU, welche diese Schule partout in unserer Stadt etablieren wollte, brachte ein Bebauungsverfahren auf den Weg.

Als dann der Eklat für negative Stimmung sorgte, wurde es etwas ruhig um

die Schule. Auch die Verwaltung konnte (oder wollte?) auf eine Frage der DKP nichts Konkretes sagen. Schon sprießte die Hoffnung, das Projekt in Etzenhofen könnte gestorben sein.

Offensichtlich ist dem aber nicht so. Am 5.1.06 berichtete die SZ, dass die Herz-Jesu-Schule in Saarbrücken den Umzug plane. Vier Objekte stünden in der engeren Wahl: „Sollten die Verhandlungen mit einem privaten Sponsor erfolgreich verlaufen, könne man in Püttlingen ein millionenschweres Neubau-Projekt in Angriff nehmen“. Damit ginge ein böser Alptraum vieler Bürger in Erfüllung.

Die DKP, welche von Anfang an vor dieser Schule gewarnt und gegen das Bebauungsverfahren gestimmt hatte, schrieb nun an die Stadtverwaltung, um zu erfahren, wie es in Etzenhofen weitergeht und welche Möglichkeit besteht, dieses fragwürdige Projekt doch noch zu stoppen.



DKP-Fraktion warnte vor den Folgen weiterer Sparpolitik:

Abends könnten die Bürgersteige hochgeklappt werden, weil in Püttlingen nichts mehr los wäre

Rund fünf Wochen nach der Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes für 2005 ging es im Stadtrat erneut um den Püttlinger Stadtsäckel, der schon seit langem unter chronischer Schwindsucht leidet. Ganz klar, dass sich der DKP-Fraktionsvorsitzende auch diesmal mit der aktuellen Lage und ihren Ursachen auseinander setzte. Weil aber damals schon vieles gesagt wurde, was nach wie vor Gültigkeit hat und für den Haushalt 2006 ebenso prägend ist, konnte sich Franz Hertel auf einige Schwerpunkte beschränken.

Zunächst erwähnte der DKP-Sprecher, dass die Stadt keinen Spielraum mehr habe, ihre Finanzentwicklung eigenständig zu beeinflussen und aus örtlicher Verantwortung heraus die Gestaltung der Stadt zu bestimmen. Das Haushaltsdefizit klettert in ungeahnte Höhen, die Einnahmen hinken immer stärker hinter den Ausgaben für die größer gewordenen Aufgaben hinterher, jährlich über eine Million Euro Zinsen lassen kaum noch die Möglichkeit, weitere Kredite aufzunehmen. „Auf lange Zeit sind uns die Hände gebunden. Von der oft zitierten kommunalen Selbstverwaltung ist im Grunde nur noch eine leere Hülle übrig geblieben“.

Schmerzgrenze ist erreicht

In diesem Zusammenhang knüpfte Franz Hertel an die Rede von Bürgermeister Speicher an, der eingangs der Debatte darauf verwiesen hatte, dass die Saar-Kommunen in 2006 ein Defizit von 150 Millionen Euro ansteuern und „beim Sparen die Schmerzgrenze längst erreicht“ sei.

Zuvor hatte der Bürgermeister geschildert, was passieren würde, wenn die Stadt den letzten Rest der „freiwilligen“ Ausgaben einsparen müsste: Dann würde das Freizeitzentrum Trimmtreff geschlossen werden, viele Zuschüsse an Vereine und andere Leistungen müssten entfallen. Der DKP-Sprecher schlug in die gleiche Kerbe und warnte vor den Folgen weiterer Sparpolitik:

„Am Ende könnten abends die Bürgersteige hochgeklappt werden, weil in Püttlingen rein gar nichts mehr los wäre. Grundsätzlich würde sich dadurch nichts ändern, weil etwa 1,75 Millionen ‚Einsparpotential‘ die katastrophale Finanzlage nicht beheben könnten. Aber der Schaden für unsere Stadt wäre unübersehbar und völlig irreparabel“.

Miese Rahmenbedingungen

Der Kämmerer schrieb in seinen Vorbemerkungen zum Haushaltsentwurf 2006, dass „von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage keine positiven Einflüsse“ auf die kommunalen Haushalte zu erwarten seien – im Umkehrschluss heißt das: wir müssen uns auf weitere negative Einflüsse einstellen! Außerdem stellte er fest, dass „weitere Lastenverschiebungen von Bundes- und Landesseite auf die Kommunen“ selbst den größten Optimisten keinen Spielraum lassen, auch nur den geringsten positiven Ansatz zu entdecken.

Dazu Franz Hertel: „Mit anderen Worten heißt das: Die rasante Talfahrt geht weiter. Wer dem Haushalt nicht widerspricht, findet sich mit der Situation ab. Wir machen da aber nicht mit. Die DKP widerspricht dieser Entwicklung mit ihrem Nein zur Haushaltssatzung!“

Hartz IV ruiniert Gemeinden

Auch mit den Folgen von Hartz IV setzte sich der Kämmerer in seinen Vorbemerkungen auseinander: Die damaligen Warnungen seien „als Schwarzmalerei abgetan“ und die Reform „schön gerechnet“ worden. In Wirk-



Staatsmoral: „Das Volk ausplündern, damit die Reichen noch mehr bekommen“.

lichkeit komme es jedoch noch schlimmer. Der Stadtverband werde für 2005 bei der Arbeitsmarktreform mit 12 Mio. Euro Defizit abschließen, es bestehe aber die Gefahr, dass die Mehrbelastungen auf 22 Mio. in 2006 steigen, auch in den folgenden Jahren.

Kommentar der DKP dazu: „Wie es aussieht, wird es also nichts mit der versprochenen Entlastung der deutschen Kommunen um 3,5 Milliarden Euro. Dennoch soll die Entscheidung gültig bleiben, dass 1,5 Milliarden davon in den Ausbau der Ganztagsbetreuung gesteckt werden. Eine unlösbare Aufgabe für die Kommunen.“

Auch hier gilt: Wer gegen diese Politik nicht protestiert und es bei der Haushaltsberatung deutlich zum Ausdruck bringt, nimmt billigend in Kauf, dass die kommunalen Kassen durch die verfehlte Hartz-IV-Politik weiter ruiniert werden. Deshalb unser Nein!“

Viele Unwägbarkeiten

Die DKP erwähnte auch, dass der Etat 2006 auf wackeligen Füßen stehe, weil einige Risikofaktoren und Fragwürdigkeiten in ihm enthalten sind:

So seien allein zur Absicherung der laufenden Geschäfte im Haushaltsjahr 2006 insgesamt 35 Millionen Euro als Höchstbetrag der Kassenkredite vorgesehen. Wenn sich das Zinsniveau auch nur um ein halbes Prozent erhöhe, bedeute dies bereits eine Mehrbelastung von rund 150.000 Euro für den Haushalt.

Besorgnis erregend ist, dass die Einnahmen bei den Konzessionsabgaben für Wasser bei 550.000 Euro in 2006 stagnieren und sich damit auf einer Höhe wie vor 10 Jahren befinden. Bei der Konzessionsabgabe Gas sind gerade mal 47.000 Euro eingeplant, 1996 waren es noch 521.000. Die Personalausgaben sind mit 5,7 Millionen Euro nur um 2,82 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und bewegen sich auf dem Niveau von vor 10 Jahren. Dagegen belastet die Finanzausgleichsumlage (zur Beteiligung der Gemeinden am Krankenhauswesen) die Stadt mit

einer Steigerung um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr um ein Mehrfaches gegenüber den Einnahmen bei Schlüsselzuweisungen und Sonderschlüsselzuweisungen (die jeweils mit einem Zuwachs von 2 Prozent angesetzt sind) und den Anteilen an der Einkommenssteuer (plus 3 Prozent).

Schlimm ist es nach Ansicht der DKP, dass der Vermögenshaushalt auf 2,7 Mio. Euro begrenzt werden musste und ein Großteil der geplanten Ausgaben nur über Kreditaufnahme möglich ist. Die Rücklagen sind aufgebraucht.

Kommunen werden erpresst

Weil es „ein besonderes Kapitel“ sei, ging der DKP-Fraktionsvorsitzende etwas ausführlicher auf die Schlüsselzuweisungen ein. Der Kämmerer habe hier lediglich 2 Prozent Steigerung eingeplant, wohl wissend, dass das Land die Finanzausgleichsmasse um 20 Millionen Euro kürzen wolle. Dies sei jedoch für die Städte und Gemeinden nicht hinnehmbar:

„Zu Recht wehren sich die Kommunen gegen die Absicht der Landesregierung, sie um dieses Geld zu prellen. Die DKP unterstützt die Erklärung des Saarländischen Städte- und Gemeindetages...

Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, wenn das Land bei den ersten Anzeichen von Einkommensverbesserungen in den Kommunen (durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer) sofort den Rahm abschöpfen will.

Städte und Gemeinden sind schon seit Jahrzehnten benachteiligt, obschon gerade sie die entscheidende Grundlage eines demokratischen Staates darstellen. Ohne die Kommunen sind Staat und Gesellschaft nicht funktionsfähig. Nur finanziell gesunde Städte können den Menschen eine Perspektive geben und letztlich auch zur Erhaltung des Bundeslandes Saarland beitragen“.

Unflätige Beschimpfungen

In diesem Zusammenhang ging Franz Hertel auf das provokatorische Verhalten des Chefs der CDU-Landtagsfraktion ein, der die Gemeinden in unflätiger Weise beleidigte, weil sie sich gegen den Aderlass beim Finanzausgleich zu Wehr setzen:

„Die Ratten verlassen ein nicht sinkendes Schiff“, schimpfte Peter Hans, er warf den Kommunen vor, sie würden sich „aus der Verantwortungs-



Viel Wirbel im Rathaus ums liebe Geld. Aber ohne eine neue Politik in Saarbrücken und Berlin, wo endlich Volksinteressen in den Mittelpunkt gerückt werden müssen, kann es auch in Püttlingen keine Verbesserungen geben.

partnerschaft herausstehlen“ (SZ vom 7.12.05). Um in diesem Sprachgebrauch zu bleiben, antwortete der DKP-Sprecher: Offensichtlich sieht sich der Polit-Kaspar Peter Hans als „Rattenfänger“, der die Viecher wieder einfangen und weiterhin am Gängelband halten will!

Ausdrücklich unterstrich die DKP, dass es gut sei, wenn sich der Städte- und Gemeindetag gegen die Unverschämtheiten der CDU zur Wehr setze. Viel zu lange hätten die Kommunen stillgehalten, sie dürften keine weiteren Zugeständnisse mehr zulassen.

Eine Landesregierung, die Millionen für Prestigeobjekte (z.B. das neue Wirtschaftsministerium) und obskure Heiligenverehrung (900.00 Euro für eine Wallfahrtsstätte im Illinger Härtelwald) ‚übrig‘ hat, könne nicht erwarten, dass wir uns zu Spießgesellen des Herrn Hans machen lassen, indem wir solche Politik tolerieren und den kommunalen Rahmenbedingungen im Saarland die Zustimmung geben.

Die DKP sage Nein zu dem vorgelegten Haushalt, weil sie wisse, dass eine falsche Wirtschafts-, Finanz- und Landespolitik die Kommunen daran hindere, ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Was die Alternativen angehe, bleibe es bei dem, was die DKP bereits bei früheren Gelegenheiten gesagt habe. Vor allem die Forderung nach grundlegender Finanzreform zugunsten der Kommunen bleibe auf der Tagesordnung.

Beschlussfassung Etat 2006:

Differenziertes Votum der DKP-Fraktion

Die DKP ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der Stadt und den Bürgern durchaus bewusst. Deswegen gab es Zustimmung bei allen Punkten, wo das Interesse unserer Kommune dies gebietet. Darum ein **JA zum Investitionsprogramm**, weil die DKP die darin vorgesehenen Positionen im Wesentlichen bejaht und obwohl sie bedauert, dass viele Dinge auf der Strecke bleiben und vor allem im Straßen- und Bürgersteigausbau ein großer Aufholbedarf besteht.

Auch der **Stellenplan für 2006 fand die Zustimmung** der DKP, obschon rückläufige Personalzahlen und nicht besetzte Planstellen zu beklagen sind. Die Kommunisten sind jedoch nüchtern genug, zu wissen, dass derzeit kaum Spielraum für die Durchsetzung einer anderen Personalpolitik besteht.

Das **Nein zur Haushaltssatzung** war notwendig, weil es hier um die Grundlinien der Politik geht. Und die sind in Berlin und Saarbrücken gleichermaßen reaktionär. Da muss sich die DKP deutlich von der „Mehrheitspartei“ unterscheiden, die bisher alle Schweinereien ihrer Regierungen toleriert hat und damit mitschuldig an der heutigen Lage geworden ist. Wer die „da oben“ immer gewähren lässt, braucht sich nicht wundern, wenn die „da unten“ am Ende die Zeche zahlen sollen. Deswegen das Nein der DKP.

DKP-Fraktion stimmte für Schulzentrum Ritterstraße:

Echte Ganztagschule bleibt eine Aufgabe

Der Püttlinger Stadtrat beschloss in seiner jüngsten Sitzung, ein pädagogisches Zentrum auf der Ritterstraße einzurichten. In dieses Projekt sollen die Grundschule Püttlingen-Ritterstraße, die „Freiwillige Ganztagschule“ und die Staatliche Schule für Erziehungshilfe ebenso eingebunden werden wie die Partnerschaftliche Erziehungshilfe und der Jugendclub im ehemaligen Forsthaus. Zu dem Verbund sollen auch das Multifunktionsfeld, der



Kindergarten St. Bonifatius und später noch die Musikschule Püttlingen gehören. In ihrem Bericht vom 29.12.05 zitiert die SZ dazu den DKP-Fraktionsvorsitzenden: „Alles unter einem Dach und an einer Stelle ist ein Grund, dem Konzept zuzustimmen“. Etwas wenig, was die Zeitung da über unsere Position berichtet hat. Deshalb stellen wir dem DKP-Stadratsmitglied Edith Albert einige Fragen zum Thema „Pädagogisches Konzept“.

Zählen für die DKP beim Schul-Zentrum Ritterstraße vor allem die organisatorischen Vorteile?

Antwort: Nein. Es hat zwar, wie unser Fraktionsvorsitzender im Stadtrat erklärt hat, seinen Reiz, wenn die diversen Schulformen an einer Stelle konzentriert sind und dadurch Synergieeffekte genutzt werden können. Das ist beim Multifunktionsfeld und der Barbarahalle sicher der Fall. Doch das allein wäre der DKP viel zu wenig. Für uns müssen sich die Vorteile einer solchen Einrichtung vor allem bei den inhaltlichen Fragen widerspiegeln.

Und jetzt ist schon alles klar?

Antwort: Das ist keineswegs so. Die DKP hat dem Beschlussvorschlag zugestimmt, um das Vorhaben endlich auf den Weg zu bringen. Aber schon vor einem Jahr forderte unsere Fraktion vom Bürgermeister die Vorlage eines Konzeptes, damit man es Punkt für Punkt diskutieren kann. Damals hieß es jedoch, dass erst alle Fragen abgeklärt werden müssten. Jetzt liegt das Papier vor. Aber es wird noch viele Gespräche über die einzelnen Teile dieses Konzeptes geben müssen, bevor seine Umsetzung gesichert ist.

Welches ist der wichtigste Punkt, den die DKP im Stadtrat zur Sprache gebracht hat?

Antwort: In der Konzeptvorlage ist von der „freiwilligen“ Ganztagschule die Rede, obwohl es einen einstimmigen Stadtratsbeschluss gibt, wonach eine echte (!) Ganztagschule angestrebt wird. Ausdrücklich hat die DKP in der Niederschrift festhalten lassen, dass wir „kein Verständnis für die Haltung der CDU-Landesregierung haben, die sich

der vom Stadtrat geforderten Schaffung einer echten Ganztagschule widersetzt und damit den Willen eines großen Teiles der Bürger ignoriert“.

Ist das Thema damit abgehakt?

Antwort: Es ist notwendig, dass der Stadtrat später einen neuen Anlauf nimmt. Echte Ganztagschulen sind unverzichtbar, wenn richtige Folgerungen aus der Pisa-Studie gezogen werden.

Was erwartet die DKP von einer echten Ganztagschule?

Antwort: Solche Schule müssen mehr sein als eine verbesserte Nachmittagsbetreuung. Wir knüpfen daran die Er-

Erweiterung Kindertagesstätte:

DKP schon 2003 dafür

Im Zusammenhang mit dem Konzept Pädagogisches Zentrum wurde auch über die Kindertagesstätte diskutiert. Da eine Dependence im Haus B der Ritterstraße Schule nicht möglich ist, wurde dem Erweiterungsbau in der Espenstraße einmütig zugestimmt.

Dabei muss man wissen, dass bereits im Februar 2003 ein Antrag des Kita-Selbsthilfevereins vorgelegen hat, die Erweiterung der Kindertagesstätte zu unterstützen. Damals wurde der Antrag von Verwaltung und CDU-Mehrheit entschieden abgelehnt, während die DKP für Annahme plädierte. Damit hat die „kleine“ Partei mit ihrer überlegten Politik recht behalten.

wartung, dass Ganztagschulen mit einem passenden Konzept dazu beitragen, die Kinder in ihren Lernleistungen und bei der Aneignung sozialer Kompetenzen stärker zu fördern.

Wie steht es mit dem Kindergarten ?

Antwort: Die DKP ist dafür, dass der Kindergarten Bonifatius erhalten bleibt und mit Hilfe der Stadt saniert wird. Gut ist auch seine Einbeziehung in das Pädagogische Zentrum. Es ist aber wichtig, dass die Arbeitsplätze der Kindergärtnerinnen dabei gesichert werden.



Dieses Foto wurde vor 25 Jahren aufgenommen und zeigt die Bildchenstraße mit Blick auf die Kirche Ritterstraße. Inzwischen ist dort vieles anders geworden. Auch der Ortsteil Ritterstraße hat sich gewandelt, leider auch im Negativen. Heute gibt es kaum noch Geschäfte, von Apotheken, Arzt oder anderen Dienstleistungsangeboten ganz zu schweigen. In dieser Situation könnte die Schaffung eines Pädagogischen Zentrums dazu beitragen, den Stadtteil wieder etwas mehr zu beleben.



Winterliche Atmosphäre. Geradezu schamhaft macht der Schnee vergessen, dass der einst als „Bereicherung für die Ritterstraße“ gepriesene Brunnen schon seit Monaten nicht mehr in Betrieb ist und die Sitzplatten der Bänke verschwunden sind. Aus einer Augenweide ist ein Bild des Jammers geworden und viele Ritterstaeßer Bürger wären froh, wenn die Anlage bald renoviert und im Frühling wieder das Wasser plätschern würde. Die DKP-Fraktion hat einen diesbezüglichen Antrag an die Verwaltung gerichtet.

DKP wehrt sich gegen Verteuerung von Abwasser:

Mit Verbrauchern wird Schindluder getrieben

Die Entsorgung von Müll und Abwasser ist ins Gerede gekommen, denn durch Fehler im Management steigen die Gebühren teilweise übermäßig an. So hat selbst der saarländische Umweltminister festgestellt, dass „für den Gebührenzahler entstehende Mehrkosten“ bei der Müllabfuhr (rund 3,5 Mio Euro) einzig und allein auf Vergabefehler des EVS zurückzuführen sind. Beim Abwasser wird nicht weniger sorglos und voreilig mit Belastungen der Verbraucher umgegangen.

Deshalb hat die DKP-Fraktion in der letzten Ratssitzung die Erhöhung der Abwassergebühren abgelehnt. Wie Hans Schwindling dazu im Namen der DKP erklärte, sehe das Kommunalabgabengesetz zwar vor, dass die Berechnung von Gebühren nach dem Kostendeckungsprinzip erfolgen soll, doch die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Abwassergebühr sei hauptsächlich auf die Anhebung des

einheitlichen Verbandsbeitrages zurückzuführen. Nach Ansicht der DKP macht es sich aber der EVS, zu dessen Beschlussgremium auch Vertreter der angeschlossenen Kommunen gehören, etwas zu leicht:

Anstatt Kostensteigerungen über eventuelle Einsparpotentiale auszugleichen, sei der EVS immer schnell bei der Hand, um Fehlbeträge über Gebührenerhöhungen auf die Verbraucher abzuwälzen. Deshalb lehne die DKP-Fraktion den Vorschlag zur Anhebung der Abwassergebühren ganz entschieden ab.

Weil im Wirtschaftsplan 2006 für das Abwasserwerk die neue Gebührenregelung bereits einkalkuliert worden ist, stimmte die DKP mit Enthaltung, als dieser Punkt dann in der gleichen Sitzung zur Abstimmung kam.



Kurz und knapp

Ein Beauftragter für Behinderte soll in Püttlingen gewählt werden. Das sieht eine Satzung vor, die der Stadtrat am 14. Dezember einstimmig beschlossen hat. Damit folgte der Rat einer Vorgabe des Landesgleichstellungsgesetzes, wonach in jeder Gemeinde die Stelle eines Behinderten-Beauftragten zu besetzen ist. Auch die DKP bejahte die Satzung, weil es eine selbstverständliche Pflicht der Gesellschaft sein muss, den behinderten Menschen jegliche Hilfe zukommen zu lassen. Es wird geschätzt, dass bundesweit rund 8,4 Millionen Menschen behindert sind, davon zählen allein 6,7 Millionen zu den Schwerbehinderten.

*

Die Leichtathletikanlage Breitwies bereitet nicht nur eitel Sonnenschein und Freude. Jetzt haben die Lauftreff-Freunde Köllertal in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den Vorstand beauftragt, mit den übrigen Beteiligten der Interessengemeinschaft Breitwies zu verhandeln. Ziel des LFT ist es, aus der IG auszutreten, weil die Belastungen durch die neue Anlage für den Verein „nicht mehr zu schultern“ seien. Beitragsanhebungen bis zu 120 Prozent werden nicht ausgeschlossen.

*

Püttlinger Wald wird in den nächsten zwei Jahren vom Saarforst-Landesbetrieb betreut. Das sieht ein Beschluss des Stadtrates vor, dem auch die DKP zugestimmt hat. Doch zuvor befasste sich ihr Sprecher kritisch mit der im Sommer durchgeführten Forst“reform“ im Saarland, wodurch größere Reviere mit weniger Personal entstanden sind: 80 von 240 Arbeitsstellen im saarländischen Forst sind dadurch weggefallen. Hertel: „Was hier als Reform verkauft wird, ist nichts anderes als der Versuch, den Saarforst-Landesbetrieb platt zu machen, um so die Privatisierung von langer Hand vorzubereiten“. Die DKP plädierte für Gespräche mit Völklingen, um evtl. eine Mitbeförderung durch das dortige Forstamt zu erreichen.

Da lohnt es sich, dabei zu sein:

Sprühendes Temperament und überquellende Lebensfreude sind bestimmend

September 2003. Damals berichtete die SZ unter der Überschrift „Kuba-Feeling bis zum kleinen Zeh“ über den Auftritt der vierköpfigen Gruppe „Los Quadros del Son“ in der Stadthalle Püttlingen: „Kubanische Musik - das bedeutet wallendes Blut, puren Rhythmus und heiße Gitarrensoli“.

Das war in der Tat etwas ganz Besonderes. Und diesmal soll es noch gewaltiger werden. Denn immerhin stehen 24 Künstlerinnen und Künstler der kubanischen Musik-, Tanz- und Gesangsgruppe „Tercer Mundo“ auf der Bühne, die mit einem dreistündigen Programm die Besucher in ihren Bann ziehen werden.

Erneut hat sich die DKP-Stadtratsfraktion bemüht, eine herausragende Veranstaltung nach Püttlingen zu bringen und damit etwas zu bieten, was es nicht alle Tage gibt. Es ist ratsam, sich dafür rechtzeitig Eintrittskarten zu sichern. Die gibt es bei den bekannten Vorverkaufsstellen und DKP-Vertretern.



Auch diese junge Frau gehört zur Gruppe „Tercer Mundo“, die wir in der Stadthalle erleben können.

Kubanische Tanz- und Musikgruppe

„Tercer Mundo“

27. April: Stadthalle Püttlingen

Kuba ist vorbildlich im Geben und Nehmen:

Solidarität wird groß geschrieben

Kuba ist ein kleines Land und es leidet unter jahrzehntelanger Blockadepolitik des US-Imperialismus. Doch trotz eigener Not und immensen Problemen leistet der Inselstaat überall dort Hilfe, wo die Schwierigkeiten noch größer sind: So helfen momentan über 900 kubanische Ärzte den Erdbebenopfern in Pakistan, kubanische Ärzte sind in Zentralamerika, in Südamerika, in der Karibik und in Afrika im Einsatz. Kubanische Lehrer helfen bei der Alphabetisierung in zahlreichen Ländern.

Kubas Leistung bei der internationalen Solidarität scheint unerschöpflich zu sein. Aber die Kubaner sind auch froh, wenn sie selbst die Solidarität der Völ-

ker zu spüren bekommen. Dies gilt insbesondere beim Kampf um die Freilassung der seit fast acht Jahren widerrechtlich inhaftierten Kubaner. In fast allen Ländern der Welt, einschließlich der USA und Kuba, gibt es Komitees für die sofortige Freilassung der Fünf Kubaner aus der US-Haft.

Das amerikanische Komitee hat jetzt eine neue Kampagne für die sofortige Freilassung der Compañeros geplant. Damit die Aktion erfolgreich durchgeführt werden kann, sollen in den kommenden Monaten insgesamt 250.000 Dollar gesammelt werden. Auch die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland unterstützten diese Aktion.